

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72576](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72576)

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

Das hier Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Die Postgebühren und Sonderbeiträge nehmen Zusatzen entgegen. Ausgegeben für die einjährige Reisezeit (über deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg., Reichweite kosten 75 Pfg. Die Zeitungs-Veränderung bis 8 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Änderungen werden am Tage vorher erbeten. Die Rückgabe unverlangt eingelieferter Exemplare wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mittelnahme eingezogen werden müssen. — Klagenzustellen bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Erfolg wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 106

Westersee, Donnerstag den 8. Mai 1919

59. Jahrgang

München — Budapest.

Zu gleicher Zeit fast geboren, haben sie auch zu gleicher Zeit ihr Ende gefunden, die beiden Räterepubliken in Budapest und in München. Ein unruhiges Ende. Es wäre zu wünschen, daß die Welt nun wirklich von weiteren Experimenten dieser Art verschont bliebe; was dabei einzeln und allein herauskommt, das haben wir an diesen beiden Beispielen genugsam erfahren.

Wie war es doch mit Ungarn? Das „ganz ungarische Volk“ sollte plötzlich, über Nacht losgerissen, erkannt haben, daß es kein Volk einzig und allein noch im Bolschewismus zu suchen habe. Die neue Demarkationslinie, die den rumänischen und den tschecho-slowakischen Truppen gezogen worden war, brachte das nationale Blut der Ungarn herauf zum Wallen, daß Graf Karolyi, der damalige Staatspräsident, Knoll und Fall seinen Posten niederlegte und mit der landesüblichen demokratischen Freiheit die Macht auf die ankerlose Linke übertrug. Mit Versagen nahm diese die ganze Gewalt in Besitz, und wenn es nach ihren Dröhungen gegangen wäre, hätten die Rumänen tschechisch bis nach Budapest, die Tschechen mit Wiedereinführung nach Prag zurückweichen müssen. Sie blieben aber ruhig stehen, wo sie waren, um zunächst einmal abzuwarten, was aus der nationalen Verteidigung herauskommen würde, zu der Herr Bela Kun und die Seiten das ungarische Volk aufriefen. Und heute stehen sie vor Budapest. Die rote Armee der Räterepublik stellt sich fast nirgendwo zum Kampf, die Russen, groß wie sie sind in telegraphischen Ermunterungen und Aufreizungen, denken gar nicht daran, ihren „Brüdern“ im Süden zu Hilfe zu kommen, und so winkelt Ungarn um Frieden, vertritt sich unbesonnen allen Bedingungen zu unterwerfen und bietet nur, daß man sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht einmischen möge.

Aber nicht einmal diese äußerste Schwäche wird den Sowjetmännern erspart bleiben. Die Entente fordert sofortige Kapitalisation, völlige Ausrüstung von Waffen und Munition und die Belegung der Hauptstädte durch die Alliierten. So steht die „nationale Verteidigung“ aus, zu der eine landfremde Regierung ein solches Volk herabwürdigte. Dafür hat sie aber ihren revolutionären Liberalen in den wenigen Wochen ihrer Kleinbürgerschaft gründlich austoben können. Das Untersee wurde zu oberst geleitet, und wenn es nach den großsprecherischen Siegeshymnen der sogenannten Volksbeauftragten gegangen wäre, dann hätten die lieben Ungarn unmittelbar vor den Toren des Paradieses gestanden, das sich sehr bald für sie öffnen mußte. In Wirklichkeit ist hier nichts weiter als ein verbrecherisches Spiel mit der Barbarei getrieben worden. Was in Budapest vor sich ging, war blühender Klassenhaß, den man sich nur denken konnte, ungeheuerliche Herrschaft von Fanatikern, die die Kunst des Augenblicks misen wollten, weil sie wußten, daß sie niemals wiederkehren würde. Das Land war, bis auf den Tod erschöpft, dem wilden Treiben weniger Gläubiger ausgeliefert, die sich mit dem Ansehen einer gelehrigen Regierung umgaben, in Wahrheit jedoch nach Verzehren raubten und plünderten, was der Krieg und die auch nicht sehr reizvolle Zwischenwirtschaft des Grafen Karolyi und seiner Leute noch übrig gelassen hatte. Jetzt ist alles vertan, und der Zusammenbruch steht vor der Tür. Die Ungarn werden einmessen genug haben von der Räterepublik. Zunächst aber ist ihr nationales Eigenleben vollkommen ausgeblüht. Rumänen und Tschechen, auf die sie vor gar nicht langer Zeit mit stolzer Verachtung herablickten, sind heute die Herren des Landes.

Nicht viel anders ist es mit der „Räterepublik Bayern“ gegangen. Oder man muß doch wohl sagen: mit der Räterepublik München. Denn hier ist der Wahnsinn des Unternehmens vornehmlich auf die Hauptstadt des Landes beschränkt geblieben, so sehr die russischen Führer und Anhänger sich auch Mühe gaben, das ganze unwürdige Volk in ihre Gewalt zu bringen. Aber die rechtmäßige Regierung warf hier nicht die Hände ins Korn, und sie brauchte sich nicht ans Ausland um Hilfe zu wenden. Wir sind in Deutschland doch noch eine einheitliche Völkergemeinschaft, und wenn es im Süden brennt, eilt auch die norddeutsche Feuerwehr zum Löschen herbei. So ist auch diese Spul jetzt vorüber. In München ist nur noch Aufräumungsarbeit zu leisten, was hoffentlich mit aller Gründlichkeit besorgt werden wird. Aber man denke nur, was für eine tolle Wirtschaft dort unten an der Nar elabliert werden konnte, während das deutsche Volk in dem bittersten Lebenskampf steht, der nach Zusammenfassung aller seiner Kräfte geradezu schreit. Auch hier im Grunde nichts weiter als ein nur mühselig verbündetes Raubsystem, das unaufhörlich bemüht war, mit volldenkenden Worten und künstlicher Dummheit zu fangen, um sein am eignes Dasein missiessens von Tag zu Tag weiterzuführen zu können. Mit einigen gut vorbereiteten Schlägen ist diese auf Gewalt und auf Unvorsichtigkeit aufgebaute Schrecksberechtigung vom Throne gestossen worden. Hoffentlich für immer.

Wird das Volk aber nun endlich erwachen? Werden wir erkennen, auf was für unheiligen Wegen wir uns verlaufen, wenn wir durchaus nach russischem Beispiel feige zu werden suchen?

Die Lage in München.

Die Regierungstruppen haben in München über 5000 Verhaftungen vorgenommen. Sie stehen zum Teil in Verbindung mit der schändlichen Hinordnung der Geiseln durch die Spartakisten. Die Opfer wurden mit dem Gesicht an die Mauer gestellt und von hinten erschossen. Unter ihnen befindet sich die Gräfin Westarp. Sämtliche Leichen wurden vollständig ausgeraubt. — In einem Aufruf an die Einwohner Münchens wendet sich der bayerische Oberkommandierende gegen die böswillige Freigabe, die er so förmlich erzieht, als München den norddeutschen Truppen höchsten Dank schuldet.

Die Erstschöpfung der Geiseln wird amtlich bestätigt. Ihre Namen sind:

Walter Neubaus,
Baron v. Leuchert,
Friedrich Wilhelm p. Seibitz,
Walter Deise,
Gräfin Hella v. Westarp,
Anton Franz Maria v. Thurn und Taxis,
Studienrat Berger,
Postsekretär Daumenlang.

Zwei Leichen konnten noch nicht identifiziert werden. Aus den gefundenen Gliedmaßen muß gefolgert werden, daß die Zahl der ermordeten Geiseln mehr als zehn beträgt.

Es bestätigt sich, daß in der Polizeidirektion die ganzen Melderegister, die Straflisten, das Verbrechenalbum, die Fingerabdrücke, das Verzeichnis der Eigenen (das einzige in Deutschland) von den Sorgen, die auch die Wohnung des Polizeidirektors demoliert haben, vernichtet worden sind.

Ungarischer Diebstahlkommunismus.

Wie der Diebstahlkommunismus sich in Budapest festsetzte, wird jetzt mit jedem Tage klarer. Wie Wiener Blätter berichten, hat die Gattin des Präsidenten der ungarischen Rätebank in einem ersten Wiener Damenmodealon für 60000 Kronen ihren Lotterienbestand erworben. Frau Kun ist bereits in der Schweiz in Begleitung eines Vertrauensmannes des Sowjethauptlings, der sich in Wien mit Dokumenten eines offiziellen Kuriers auswies und so unbedenklich sein Reisegepäck im Gewicht von 280 Kilogramm über die Grenze bringen konnte. Die Ungarn aber werden fliehen, wenn sie erfahren werden, wie teuer ihnen die kurze Zeit der Räterepublik zu stehen kommt.

Es triffelt in Versailles!

Graf Brockdorff-Rangau regt sich. Es ist schon lange etwas faul im Staate Frankreich und in der Entente; das kann ein Binder mit dem Stod fassen. Italien ist bereits seiner Wege gegangen und die übriggebliebenen Ententegeossen haben sich wie Hund und Kacke. Der Friedensvertrag, an dem nun schon ein halbes Jahr in der Dumflossammer herumgehäffelt wird, kann dabei natürlich nicht fertig werden. Hier hat unser Vertreter Graf Rangau geschickt einmachtet.

Die Reichsregierung droht mit Abreise.

In einem regierungslosigsten Artikel meldet sich die Deutsche Allgemeine Zeitung mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschleppungstaktik und verlangt einen Frieden des Rechts und der Versöhnung auf Grund des Wilson-Programms.

Weiter wird offiziell mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es den drei Reichsministern und der großen Zahl leitender Beamten, die in Versailles sitzen, unumstößlich zugemutet werden müßte, in zeitlichem Warten ungeduldet ihre Zeit zu vergeuden. Es sei durchaus verständlich, wenn man sich in den Kreisen der deutschen Delegation gegen diese unerhörte Injunierung auflehne und die Frage einer rüchswilligen Niederlage in die Heimat erörtere, bis der bestimmige Text des Vertragsentwurfes und der Termin der Überreichung festgelegt sei.

Zum Schluß heißt es noch sehr aufreißend, solche Ermahnungen lägen unso näher, als die äußeren Verhältnisse, unter denen unsere Delegierten in Versailles zu leben gezwungen seien, infolge der rigorossten der französischen Behörden, die mit den Gehöhen der internationalen Höflichkeit kaum mehr in Einklang zu bringen sei, immer drüberdauern würden.

Deutsche Beamte mit dem Stod bedroht.

Für die ganze Vornehmheit und Kultur der Franzosen ist folgender Versuch höchst bescheiden. Zwei Beamte der deutschen Delegation sollten im dienstlichen Auftrag nach Berlin reisen. Beide hätten einen Geschäftsmann des Obersten Herrn, des Chefs der französischen Militärmission in Versailles, und wurden in einem Dienstauftrag nach dem Vorbild gedrückt. Der dort diensttunende Offizier forderte die Papiere, erklärte sodann die Reiseerlaubnis des Obersten Herrn für unzulänglich und verbot die Abreise. Die deutschen Beamten protestierten dagegen, worauf der französische Offizier ihnen den Mund verbot und sie mit dem Stod bedrohte. Es wurden unter Militärbedeckung nach Versailles zurücktransportiert. Die deutsche Delegation hat Beschwerde bei der französischen Regierung eingeleitet.

Nachtritt der französischen Sozialisten aus der Konferenz. Nicht nur die Verbündeten machen sich gegenseitig die größten Schwierigkeiten, auch die französischen Sozialisten bewegen jetzt die Geiselnhaft.

Versailles, 5. Mai. Clemenceau teilt im Ministerrat mit, daß der Generaldirektor der französischen Arbeitervereine, Jouhaux, sein Mandat als Delegierter der Arbeitervereine bei der Pariser Konferenz zum Protest gegen die Haltung der französischen Regierung bei der Maticek niedergelegt habe.

Jouhaux erklärt, da die französische Regierung den Arbeiter die Freiheit verweigere, könne der Vertreter der Arbeiter auf der Konferenz gleichfalls keine Freiheit heiligen. Aus dem gleichen Grunde sind auch die sozialistischen Regierungskommissare für Arbeiter- und Handelsmarine gemäß Aufforderung ihrer Partei zurückgetreten. Schiffe der französischen Behörden.

Es wird immer offensichtlicher, so versichern die Mitglieder unserer Friedensdelegation, daß die Franzosen die deutsche Vertreterung unmöglich machen oder doch auf zeitweilige Kurierüberbrückung beschränken wollen, um mit eigener Vertretung allein auf Freund und Feind und namentlich auf Neutrale zu wirken. Die meisten der aufgestellten Telegramme müßten den deutschen Pressevertretern größtenteils unbedeutend zurückgegeben werden, weil die von den Franzosen gestellten gänzlich veraltet sind und durch fortwährende Einmischung französischer Abhörapparate der deutschen Delegation mitgebrachten Siemensapparate auf Befehl der Franzosen unausgerüstet auf dem Bahnhof zurückgelassen werden müßten. Dieser Zustand ist unhaltbar, daher wurden nochmals erste Vorstellungen seitens der deutschen Delegation gemacht.

Die Gehe gegen Wilson.

Der Ton der Pariser Presse gegen Wilson wird zunehmend gereizt und sehr ungesund. So dankbar die französische Presse die vollkommene Unkenntnis Wilsons in der elabotbringlichen Frage quittiert hat, als sie sich hierüber einen französischen Vorteil versprach, so barisch vertritt sie sich jetzt den grundlegenden Anspruch Amerikas zur Einmischung von amerikanischen Staatsmännern in unbekannt europäische Verhältnisse. — Eine kleine Erleichterung für die Entente ist die Meldung aus Brüssel, bezugfolge sich Belgien trotz aller Bedenken entschlossen hat, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Folgen des deutschen Bankbeamtenstreiks.

Bei den Lebensmittelverhandlungen der Sonderkommission in Versailles hat die schwere Folgen des deutschen Bankbeamtenstreiks sehr unangenehm in die Erscheinung getreten. Er hat es unmöglich gemacht, das notwendige Mittel mit beschlageneben Auslandswerten beschaffen, weil die Auslieferung der Beschlageneben um Kosten verlagert werden mußte. Die Verbündeten aber bringen darauf, daß die Lebensmittel sofort bezahlet werden, und so bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere anammengeschnitzene Goldreserve um weitere Hunderte von Millionen zu verringern.

Die Vollmachten unserer Friedensdelegierten.

Vertretung des Reichs durch den Reichspräsidenten. Berlin, 5. Mai (Amstsch.)

Der „Temp“ hatte Bedenken gegen die deutschen Vollmachten gebracht. Nach der Ansicht der hiesigen zuständigen Stellen wird dabei Willkür und Verschleppungstaktik verweigert. Der Reichspräsident vertritt das Reich nach außen und eine von ihm gezeichnete und vom Ministerpräsidenten gegengezeichnete Vollmacht hat absolute Gültigkeit; genau die gleiche wie die mit Vorbehalt der Ratifikation erteilten französischen Vollmachten. Die Zustimmung zum Friedensvertrag kann die Regierung nur geben, wenn die Nationalversammlung und der Staatenauschuss sie bereits gegeben haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Gesetz über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten ist im Entwurf fertiggestellt. Der vorliegende Entwurf sichert den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in weitgehender Weise. Als Grundlage für die Beratungen dienen die amtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerführerlich abgeschlossenen Verträge. Man stütze sich also auf die Abmachungen, die im Berggewerbe, Versicherungswesen und in der Metallindustrie bereits vorliegen. Der Entwurf gibt den Angestellten zunächst das prinzipielle Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen, in bedingter Weise auch bei Beförderungen und Neueinstellungen. Namentlich in dem letzten Punkt wird man die endgültige Formulierung erst im Laufe der kommenden Verhandlungen finden. Der Betriebsrat soll nur für die Angestellten bis zu einer gewissen Gehaltsstufe (12000 Mark) zuständig sein, für das Engagement der Angestellten in leitender Stellung dagegen soll der Geschäftsführung freie Hand verbleiben. Von den Verhandlungen mit den einzelnen Körperschaften im Reichsarbeitsministerium wird

abhängen, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung der Nationalversammlung vorgelegt wird.

• Eine Reichsvorlage zur Regelung der Spartakus-Schäden. Wie wir hören, liegt dem Staatsanwaltschaftsamt eine Vorlage vor, die die Schadenerstattung für die Schäden infolge der Spartakusunruhen regelt. Der Entwurf bringt Bestimmungen über die Verteilung der Schäden auf Reich, Staat und Gemeinden. Die Reichsregierung stellt sich mit diesem Entwurf auf den Standpunkt, daß es unbillig wäre, die Schäden allein von den Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin, tragen zu lassen, da ein großer Teil der Schäden als Kriegsergebnisse zu gelten haben, die im Kampfe zwischen Regierungssoldaten und Aufständischen entstanden sind. Die Vorlage wird der Nationalversammlung demnächst zugehen.

• Der Entwurf über die Aufhebung der Ortschul-aufsicht in Preußen wird der preussischen Landesversammlung in den nächsten Tagen zugehen. Der Entwurf sieht die völlige Aufhebung der Ortschulaufsicht vor und führt eine Kreischulaufsicht durch Sachverständige dafür ein. Das Gesetz soll am 1. Oktober bereits in Kraft treten.

• Eine vorläufige Kommission zur Verwaltung Schlesiens soll nach einem Beschlusse der Entente gebildet werden und zwar soll diese die Verwaltung Schlesiens vom Tage der Friedensunterzeichnung an bis zum Ab-schluß der Volksabstimmung führen. Sie wird aus drei mitläufigen Vertretern, nämlich Frankreich, England und Amerika und zwei neutralen Repräsentanten, nämlich Norwegen und Schweden bestehen.

Österreich.

• Tirol will lieber neutral als italienisch sein! Die Tiroler Landesversammlung beschloß mit den bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen, die Landesregierung solle die Pariser Friedenskonferenz davon verständigen, Tirol sei entschlossen, von Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen und die geschlossenen deutschen und latinischen Landesgebiete bis Salurn als selbständigen demokratischen und neutralen Freistaat Tirol auszurufen, falls nur dadurch die Einheit dieses Gebietes erhalten werden könne. Sie erklärt aber, falls Südtirol abgetrennt werden sollte, werde sich das übrige Tirol zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Deutschen Republik anschließen.

• Bei den Landtagswahlen in Wien und Niederösterreich haben nach den bis jetzt vorliegenden Berichten die Sozialdemokraten prozentual eine starke Einbuße erlitten, während die Christlich-Sozialen eine starke Zunahme zu verzeichnen haben. Auch das prozentuale Anwachsen der tschechisch-nationalen Stimmen ist bemerkenswert, während die deutsch-liberalen und die deutsch-nationalen Stimmen, wie es scheint, zurückgegangen sind.

Rus Ja und Ausland.

Wien. Die deutsch-österreichische Friedensgesandtschaft, die am 12. Mai in Saint Germain eintrifft, wird aus 30 Personen bestehen. Mit der Führung der Abordnung ist der ehemalige österreichische Justizminister Dr. Franz Klein betraut.

Wien. Die gesamte Lehrerschaft Deutschböhmens veranstaltete eine Protestkundgebung gegen das von der tschechoslowakischen Regierung verlangte Trugverbot für den tschechoslowakischen Staat.

Amsterd. Erzbischof Ludwig von Bayern ist an Lungenerkrankung schwer erkrankt.

Sana. Ähnlich wird aus London gemeldet, daß die Bolschewiki einen heftigen Angriff auf der Dinesford unternehmen haben, wobei Kanonendonnen die Stellungen der alliierten Truppen beschießen. Sie wurden aber gezwungen, sich zurückzuziehen.

Rom. Die Gesandtschaft von Mexiko in Rom veröffentlicht die folgende Mitteilung des mexikanischen Außenministeriums: Die Regierung der vereinigten mexikanischen Staaten hält für nötig, nachdem sie erfahren hat, daß die Friedenskonferenz in Paris verhandelt hat, in das Stadium der Öffentlichkeit der Aktionen die Monarchisten einzuführen und zur Annahme zu bringen, bekanntzugeben, daß sie die genannte Doktrin weder anerkennen noch anerkennen wollen, ebenso wenig wie jede andere, welche die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik in Frage stellen könnte.

Paris. In der Nähe von Clemenceaus Wohnung wurde ein Individuum von 19 Jahren verhaftet. Man fand einen kleinen Dolch und eine anarchische Broschüre vor. Der Name des Mannes ist Cornillon; er gab an, daß er die Wache hatte, Clemenceau zu ermorden.

Keine polnischen Angriffsabsichten.

Erklärung Baderewski's.

Span, 5. Mai.

Der polnische Ministerpräsident Baderewski hat der Waffenstillstandskommission durch französische Vermittlung eine Note folgenden Inhaltes überreicht lassen:

1. Polen wird die im Waffenstillstand mit Deutschland festgelegten Bedingungen in jeder Hinsicht beachten.
2. Es hat keine Angriffsabsichten auf Polen und Ober-schlesien.

Weiter heißt es in der Note: In den oben genannten Gegenden hat keinerlei Verstärkung polnischer Truppen stattgefunden. Die von Paris aus eingegangenen Nachrichten versichern außerdem, daß keinerlei polnische Verstärkungen nach Polen in Marsch gesetzt worden sind. Die Truppen des Generals Haller sind lediglich aus Gründen der Transporterleichterungen durch Gegenden in der Nähe von Warschau marschiert. Sie haben dort keinen Mann zurückgelassen. Demnach dürften die oben genannten Erklärungen über die Lage in Oberschlesien und Böhmen der deutschen Regierung keinerlei Grund zur Verunsicherung geben.

Gegen die Freiwilligen vom Lande.

Protest des preussischen Landwirtschaftsministers. Berlin, 5. Mai.

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat sich an den Reichswehrminister Döberle mit dem Ersuchen gewandt, seine weiteren Verbündungen für die Freiwilligen-Formationen auf dem platten Lande vornehmen zu lassen. Der Wunsch des Landwirtschaftsministeriums wird damit begründet, daß die Weutonen auf dem Lande noch immer sehr stark sei. Es gebe heute noch Güter, die wegen des Arbeiter-mangels von dem bebaubaren Boden ein Drittel und mehr brachliegen lassen müßten. Die Anstrengungen, Arbeiter in großen Massen auf Land zu ziehen, hätten bisher nur bescheidenen Erfolg gehabt, weshalb es un-tunlich sei, die auf dem Lande befindlichen Arbeitskräfte noch durch Freiwilligen-Verbündungen zu vermindern.

Ernteaussichten.

Eine Übersicht nach amtlichen Quellen.

Die Herbstsaaten sind durch den Winter ge-kommen. Der Winter ist im allgemeinen milde verlaufen. Schon Anfang März gab es Frühjahrsregen, dem aber um die Mitte des Monats ein empfindlicher Wettersturz folgte. Nachfröhen, kühlte Regenwetter, raube Winde Regen und Schneefälle brachten das Wachstum zu einem vollständigen Stillstand und unterbrachen auch die Früh-jahrsbestellung, die bereits eingeleitet hatte. Vielfach haben die späten Herbstsaaten unter den Anzeichen der Witterung gelitten. Stellenweise wird auch über Mäusefraß geklagt, das gelinde Winterwetter hat offenbar keine wesentliche Verminderung dieser Landplage herbeigeführt. Das Wetter war dann auch den ganzen April über trübe und regnerisch, wenn auch ziemlich mild, allerdings ist um den 20. herum im größten Teile Deutschlands eine stärkere Abkühlung eingetreten, mit Schneegewittern, Hagelstürmen und Nachfröhen. Thüringen hatte um die Zeit bis zu 7 Grad Kälte. Dann hob sich die Temperatur etwas, aber das Regenwetter hielt an, stichweise gab es sogar Gewitter. Die reichlichen Niederschläge haben die Frühjahrs-bestellung weiter verzögert, viele Landwirte wünschen des-halb ein trockenes Wetter herbei. Im allgemeinen aber darf man sich nicht darüber täuschen, daß die Boden-leuchtfähigkeit infolge des durchschnittlich trockenen Winters eine ziemlich geringe ist, und das Grundwasser liegt recht niedrig. Deshalb erscheinen die reichlichen Niederschläge der letzten Zeit eher günstig für die Landwirtschaft. Der Regen wird auf die Ernteträge sogar einen um so härteren Einfluß ausüben, je mehr der Kulturboden mit Dünger gesättigt werden konnte. Es werden also die Niederschläge für die diesjährige Ernte so ausschlag-gewendend sein wie kaum je zuvor.

Leider wird der Rudertreibenbau gegen das Vor-jahr vielfach zurückgehen. Mangel an Arbeitskräften wie auch an Aumüßlingen haben viele Landwirte gezwungen, mehr Land brach liegen zu lassen. Was die Rudertreiben betrifft, so ist der Rückgang so sicher, daß die Reichsrunder-stelle schon jetzt ankündigt, mit einer Umwertung von Ein-maßzahlen sei in diesem Jahre nicht zu rechnen.

Der Stand der Winterkulturen wird fast von allen Berichterstattern aus dem ganzen Reich mit gut, minde-stens aber mit befriedigend bezeichnet. Schlechter Stand ist sehr selten. Ungefähr dasselbe gilt von dem Stand der Futterpflanzen. Die Anbaufläche der Kartoffeln dürfte in diesem Jahre sogar etwas größer sein als im vorigen Jahre, besonders in Süddeutschland.

Vielfach wird auf die zunehmende Unsicherheit auf dem Lande geklagt. Kartoffelviehdiebstahl sind an der Tagesordnung, und man fürchtet im Sommer ein: Zunahme der Feldviehdiebstahl im allgemeinen. In Weisfalen mehren sich die Viehdiebstahl täglich. In der Nähe von Industriestädten hat das Verlangen nach Lohnleistungen und die Neigung zum Streik auf die Landbevölkerung übergegriffen. In einzelnen Kreisen ist es den Arbeiter- und Soldatenräufen gelungen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. In Weisfalen und Hannover hat man auf dem Lande Schutzwehren gebildet und besondere Wachen oder Patrouillen für Tag- und Nachtdienst errichtet. An anderen Stellen sind die auf die Bauernräufe gefekten Hoffnungen nicht erfüllt worden, da sie ohne Waffen nicht genügend gegen Raub, Plünderung und Viehdiebstahl ver-treten können. An manchen Orten existieren die Bauernräufe überhaupt noch nicht. Hier und da hat man versucht, dem Mangel an Arbeitskräften durch Einstellung von industrieller Hilfe betätommen, aber der Erfolg ist schwach.

• Kein Reichsperolenverkauf in den Sommer-monaten. Wie in früheren Jahren, wird auch für der Sommer 1919 ein Verkaufsverbot für Leuchtperoleum erlassen. Vom 1. Mai bis zum 31. August 1919 darf Peroleum zu Leuchtzwecken nicht abgesetzt werden. Aus-nahmen bestehen für den Betrieb von Motionslaternen sowie für die im Interesse der öffentlichen Sicherheit polizeilich angeordnete Beleuchtung.

• Auch eine Streikfolge. Die Firma Krupp in Essen teilte ihren Arbeitern mit, daß neutrale Ausland verzehe, obwohl es keine Austräge viel lieber nach Deutschland gebe, keine Verteilungen neuerdings nach Amerika und England, weil es infolge der vielen Streiks befürchte, die Be-stellungen würden nicht erledigt. Krupp habe mehrere Aufträge, auf die er großen Wert lege, infolgedessen ver-loren.

• Argentinische Ausfuhrwaren für Deutschland. Bei der deutschen Finanzkommission in Buenos Aires ist die Meldung eingelaufen, daß Deutschland in Argentinien 135 000 Tonnen Weizen und 20 000 Tonnen Leinamen gekauft hat. Die Entente wurde hiervon verständigt und schickt 250 000 Tonnen Schiffraum nach La Plata, so daß noch für weitere 100 000 Tonnen Einkaufsschiffraum ge-sichert sind.

• Der größte Munitionsvorrat. Das Kriegs-departement der Vereinigten Staaten besitzt in einem amtlichen Bericht die Zahl der von den Engländern in der Sommerschlacht 1918 verbrauchten (und von Amerika gelieferten) Artilleriegeschosse auf vier Millionen — eine Zahl, die noch nie zuvor in einer einzigen Kampfkation erreicht wurde. Die Höchstzahl bei einem einzelnen ein-maligen Angriff war jedoch 1918 in der Schlacht bei Saint Mihiel erzielt, wo innerhalb von nur vier Stunden die amerikanische Artillerie 1 303 217 Geschosse gegen den Feind schloß. — Mit diesem Bericht werden die ge-gewaltigen vorwachenhaften Dividenden erklärt, die die amerikanischen Munitionsfabriken gezahlt haben.

• Augsburg, 6. Mai. Die ungarische Räterepublik hat die Bedingungen der Entente restlos angenommen, das heißt, der Ablieferung von Waffen und Munition sowie der Besetzung Budapests durch die Entente zugestimmt.

• Rotterdam, 6. Mai. Nach einem Bericht aus Paris soll Petersburg durch Zinnen besetzt sein.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Wetterstunde, 7. Mai 1919.

• Wetterausichten für Donnerstag den 8. Mai: Teils heiter, teils wolkig; wenig Wärmeänderung; vorwiegend trocken, schwache Winde.

— (A) Wie auf am kommenden Sonntag im Vereinslokal zu Wetterstunde stattfindende Versammlung des Inter-Verein für das Ammerland wird noch besonders hingewiesen. (S. d. Bef. in heut. Nr.)

• Die Ortsgruppe Wetterstunde des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen wird am Sonntag nachmittag eine Sitzung des Ausschusses abhalten. Der Vorstand wird berichten über die bisherige Tätigkeit, und dann soll beschloß gefaßt werden über Geldsendungen. Mit-teilung der Mitglieder der Ausschüsse ist dringend notwendig. In dieser Woche geht eine Sendung in Zigarren, Tabak und Zigaretten an die Gefangenen ab.

• Das Rennen in Oldenburg-Dhmslede ist um 8 Tage hinausgeschoben. Dasselbe findet nicht am 25. Mai, sondern am Sonntag den 1. Juni statt. Der Nennungsschluß (am 10. Mai, nachmittags 6 Uhr) bleibt bestehen. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer!) Die Verlegung des Termins ist, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, aus dem Grunde erfolgt, weil nach dem neuen Fahrplan der Eisenbahn-Direktion, ab 1. Juni, auch des Sonntags die Personenzüge morgens, mittags und abends nach und von Oldenburg voraussichtlich wieder fahren. Die Verlegung dieser Züge konnte nicht gewährt werden. Den auswärtigen Besuchern ist nunmehr eine bessere Gelegenheit geboten, die Rennen am 1. Juni zu besuchen.

• Malsfel. Theater im Saale des Herrn Grinjes. Auf die am Sonntag den 11. ds. Ms., abends 8 Uhr statt-findende Aufführung des Lustspiels „Der Herr Senator“, das so recht in unsere heutige Zeit paßt, sei hiermit besonders hin-gewiesen. Die Theaterdirektion Max Prahl verfügt über ganz hervorragende Kräfte und hat mit diesem Lustspiel von den bekannten Autoren Hummel und Stadelberg überall riesigen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Sie wird hoffentlich auch hier ein volles, dankbares Haus finden. — Nachmittags 4 Uhr geht für unsere lieben Kleinen das Märchenspiel „Der Prinz vom Goldlande“ über die Bretter.

• Bad Zwischenahn, 6. Mai. Bei dem Pferde-händler Büßmann in Dänforth erstanden 2 Männer und boten 2 Pferde zum Verkauf an. Sie wurden hand-leisig. B. erklärte, er habe eben kein Geld im Hause, wolle es aber rasch von der Darlehnskasse in Zwischenahn holen. Statt dessen fuhr er zum Wachtmeister Steinfel, brachte auch noch einen Nachbarn mit. Man waren die beiden Pferde-verkäufer geliefert. Geflohenes Gut! —

• Augustsehn. Das Torgraben ist hier seit einiger Zeit flott im Gange. Leider werden die Arbeiten durch den hohen Wasserstand sehr beeinträchtigt. Allen Torf sieht man nur noch vereinzelt auf dem Moore stehen. Die Torfgräber haben einen guten Verdienst, da jetzt für das kleine Tagewerk 20 Mk. und für das große 75 Mk. bezahlt wird, vor dem Kriege waren die entsprechenden Preise 8 Mk. und 30 Mk. —

• Augustsehn. In den „Harmonie-Vorstellungen“ wurde am letzten Sonntag das groß angelegte sechsaktige Schauspiel „Cuo nobis“ aufgeführt. Leider zeigte sich, daß Spiel und Handlung für das hiesige Publikum etwas zu breit angelegt waren. Für kommenden Sonntag sind, wie mitgeteilt wird, zwei kleine Dramen und eine ganze Reihe kleiner urkomischer Humoresken vorgesehen, die mit großer feinsinniger Humor jedenfalls den Beifall des Publikums finden dürften. Wer sich also feilsch unterhalten will, veräume nicht, die Vorstellung am kommenden Sonntag zu besuchen.

• (b) Oldenburg, 6. Mai. Die Vorbereitungen zu der morgen stattfindenden Eröffnung der Oldenburger Pro-duktionsbörse sind in vollem Umfange getroffen. Die Börse ist in der „Union“ eingerichtet worden. Mehrere Fernsprech-gellen wurden angebracht, damit die auswärtigen Teilnehmer der Börse sich mit auswärtigen Geschäften schnell in Ver-bindung setzen können. Zu der morgigen Eröffnung haben die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden ihr Er-scheinen zugesagt, ebenfalls wurden die Vorstände der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftslammer eingeladen. Von auswärts sind zur Feier bereits Händler eingetroffen. Ueber-all macht sich ein lebhaftes Interesse für die Börse bemerkbar.

• (b) Oldenburg, 6. Mai. Der neue Stadtrat trat heute nachmittags 6 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Wichtige Aufgaben hatten seiner. Die Finanzlage der Stadt hat sich infolge der unangünstigen Zeitverhältnisse verschlechtert. Es soll deshalb versucht werden, die städtische Verwaltung möglichst zu vereinfachen und hier erhebliche Ersparnisse zu erzielen. Auch sollen die städtischen Werke höhere Ueber-schüsse liefern als bisher. Ein besonderer Ausblick wird die wichtigen Fragen prägen. Von großer Bedeutung ist die Frage über die künftige Entwicklung der Stadt und die Eingemeindung. Auch hierfür wurde eine Kommission eingesetzt. Auf dem Ge-biete des Schulwesens steht eine grundlegende Aenderung bevor. Es soll in der Stadtgemeinde die Einheitschule eingeführt und die Vorzüge aufgehoben werden. Die allgemeine Volksschule soll die Grundschule bilden, auf die die höheren und Mittel-schulen sich aufbauen. — Alle diese Fragen werden schon in nächster Zeit erledigt werden. — Zu Beginn der heutigen

AMBI-Dachstein-Maschine

für Handbetrieb

Arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

Sigung begrüßte Oberbürgermeister Tapanbet die Mitglieder des neuen Stadtrats und teilte mit, daß die Ratsherren ihr Amt dem Stadtrat zwecks Neuwahl zur Verfügung gestellt und sich alle bereit erklärt hätten, eine evtl. Wiederwahl anzunehmen. Es werden ihr Amt bis zur erfolgten Neuwahl weiter versehen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Dr. Meyer, zum zweiten Vorsitzenden Gymnasiallehrer Janßen wiedergewählt, und hierauf die Nachkassiere gewählt. Es wurde mitgeteilt, daß die kürzlich erfolgte Revision der Kammerei nichts beanstandet habe.

— * **Odenburg**, 6. Mai. Ein Antrag auf Vereinigung Odenburgs mit Bremen wurde vom Odenburger Landtag abgelehnt.

— * **Küftringen**, 5. Mai. Vergangene Nacht hat die Ehefrau des Händlers Sudbrat im Stadteil Schaar ihren Mann erschossen. Nähere Einzelheiten über die Tat liegen noch nicht vor. S. führte seit langen Jahren einen sehr willigen Lebenswandel, unter dem die Frau schwer zu leiden hatte. Oft kam er betrunken zu Hause und mißhandelte dann seine Frau. Anstehend ist das letzte Nacht wieder so gewesen, und in ihrer Verzweiflung hat sie zur todbringenden Waffe gegriffen. S. war früher Werkführer auf der Westf. —

— * **Delmenhorst**. In einer Versammlung des Landes von Stadt und Amt Delmenhorst wurde der Streif der Kuhhalter beschlossen, weil diese ihrer Ansicht nach nicht genügend Magermilch zur Verfügung zu stellen, mit Butter von der Molkerei ebenfalls äußerst mangelhaft beliefert werden und ganze Distrikte dieselbe von Kaufleuten beziehen müssen, wozu oft weite und unnütze Wege gemacht werden müssen. — Falls die Behörde die Zentrifugen nicht freigibt, werden sie von den Kuhhaltern zum 15. Mai gewaltsam geöffnet werden, um die gewonnene Milch selbst zu verbüttern.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westerbek. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerbek.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nachdem die unter dem 31. März d. J. vom Direktorium erlassene Anordnung, betreffend die Neuregelung des Verkehrs mit Eiern, sich nicht als ausreichend erwiesen hat, um die versorgungsberechtigten Bevölkerung des Landes, insbesondere auch die Logateile und Krankenhäuser mit den zum händlichen Eiermengen gegen angemessene Preise auch nur annähernd zu versorgen, und die Preise für Eier eine den Produktionskosten nicht entsprechende Höhe erreicht haben, ist sich das Direktorium auf Grund des § 5 des Höchstpreisesgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1917 und der §§ 12 Nr. 1 und 15 Abs. 3 der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 über die Erhaltung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung veranlaßt, die Bekanntmachung vom 31. März d. J. wie folgt zu ändern:

1. Der Erzeugerhöchstpreis für Eier wird auf 40 Pfg., der Kleinhandelspreis auf 46 Pfennig festgesetzt.

2. Jeder Hühnerhalter ist verpflichtet, von jedem Huhn bis zum 1. September d. J. 8 Eier abzuliefern, von denen mindestens die Hälfte bis zum 1. Juli d. J. abgeliefert sein muß. Die Ablieferungsfrist erstreckt sich auf folgende Einschränkungen:

1. Hühnerhalter von 1 bis 5 Hühnern brauchen keine Eier abzuliefern.
2. Hühnerhalter von mehr als 5 bis zu 15 Hühnern haben von den über 5 gehaltenen Hühnern je 8 Eier abzuliefern.
3. Hühnerhalter von mehr als 15 Hühnern haben von sämtlichen Hühnern je 8 Eier abzuliefern.

Die Geflügelzucht vom 1. März d. J. ist bei Berechnung der Ablieferungsfrist zu Grunde zu legen, soweit nicht nachweisbar seit der Zeit eine Verminderung der Zahl der gehaltenen Hühner eingetreten ist.

3. Die Eier sind an die Zentralen der Kommunalverbände oder an die Eierverkaufsgenossenschaften nach deren Anweisung abzuliefern. Diese Stellen werden ermächtigt, nach erfolgter Ablieferung von 8 Eiern von jedem Huhn nach Maßgabe der Bestimmung unter 3. f. 2 den Geflügelhaltern Preisermäßigungen auszustellen, durch welche diese berechtigt werden, ihre weiteren Eier im freien Verkehr gegen den in 3. f. 1 festgesetzten Höchstpreis abzuliefern.

4. Die Ausfuhr von Eiern aus der Provinz Odenburg bedarf auch in Zukunft der Genehmigung der Geschäftsabteilung der Landesregierung.

5. Die Zentralen der Kommunalverbände und die Eierverkaufsgenossenschaften sind verpflichtet, die abgelieferten Eier in bisheriger Weise der Landesregierung, Geschäftsabteilung, zur Verfügung zu stellen und deren Anweisungen zu befolgen.

6. Zuwiderhandlungen gegen die Preisvorschriften in 3. f. 1 und 3 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen, gegen die üblichen Anordnungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Odenburg, den 5. Mai 1919,
Direktorium,
Abteilung des Innern,
Scher.

Große Geräte-Verkäufe.

Zum Verkauf der in den Gefangenelagern vorhandenen Arbeitsgeräte, als:

Spaten (mehrere 100), Schaufeln, Hacken, Torstarken und Kistenstarken, Torrspaten, Eggen, Feldschmiede mit Zubehör, Tischwerkzeuge und viele sonstige Sachen sind folgende Termine angelegt:

1. für **Behaenmoorlager** (Klein Scharel) am **Dienstag den 13. Mai**, nachmittags 1 Uhr,
2. für **Lengenermoorlager** bei Landmann Bohlens-Neuenland am **Donnerstag den 15. Mai**, nachmittags 2 Uhr.

Verwaltung des Landeskulturfonds, Odenburg.

Gemeindefache.

Zwischenahn. Die Gemeinde Zwischenahn sucht zum baldigen Eintritt einen in Verwaltungssachen, namentlich im Meldewesen und in Steuerjahren bewanderten **Bauamten als Gemeindefachbetriebs- und Registrator**. Derselbe muß mit den hiesigen ländlichen Verhältnissen vertraut sein. Passende Persönlichkeiten — auch Reize beschädigte, soweit sie dienstfähig sind — wollen sich schriftlich unter Darstellung von Zeugnissen und einem kurzen Lebenslauf hierher melden. **Feldhus, Gemeindevorsteher.**

Gemeindefache.

Am Sonnabend den 10. d. Mts., vormittags von 8 bis 11 Uhr, kommt in Ewald's Gasthof hier eine kleine Partie **Torfmelasse** zum Verkauf.

J. A. L. Grimm.

Die noch rückständigen Kirchenumlagen, Kapotalzen pp. sind zur Vermeidung der Aufnahme in die Beitragsliste nunmehr baldigst zu entrichten. **Westerbek. Der Kirchenvorstand, Fr. J. Ahtmann.**

Verkauf

einer **Kolonatstelle.**

Apen. Der Kolonist G. Reuszant zu Augustfehn will sein am Augustfehn-Kanal belegendes

Kolonat,

bestehend aus dem in gutem Bauzustande befindlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude nebst 62 Scheffel Saat Ländereien, welche zum größten Teil kultiviert und noch vielen schweren Loef enthalten, mit Eintritt zum 1. November d. J. durch mich öffentlich verkaufen lassen.

Termin ist angelegt auf **Freitag den 9. Mai**, nachmittags 3 Uhr, in **Willem's Gasthof** in Augustfehn.

In diesem Termin erfolgt auf das Höchstgebot der Zuschlag. Kaufgeneigte werden eingeladen. **Janßen, Aukt.**

Zu verkaufen ein **Zuchtschwein** gegen ein Milchschaf. **Heinr. Brunkn, Westerbekfeld.**

Zu verkaufen 3 gute **Schafkammer** Joh. Becken, Petersfeld.

Ecklöfger **Jagdhuud**

gut vorliegend, sofort zu kaufen gesucht. **Dr. Otto Bartels, Odenburg, Handelshof, Fernruf 1727.**

Otto Franken,
Rechnungssteller, **Westerstede.**
Telefon 82.

Verkauf

einer **Landstelle**

Apen. Der Landwirt **Friz Janßen** zu **Hengstforde** will wegen anderweitigen Unternehmens seine daselbst belegene

Landstelle

bestehend aus dem in gutem Bauzustande befindlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit Scheffel Saat Acker, Weide- und Gartenländereien bester Qualität, sowie seinen $\frac{1}{2}$ Anteil an dem am Apen Tief gelegenen Wiesenländereien zur Größe von $4\frac{1}{2}$ Tagewerk, öffentlich gegen Meistgebot mit Eintritt zum Herbst d. J. durch mich verkaufen lassen.

Die Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit etwa 6 Scheffel Saat Gartenländereien liegen äußerst günstig, direkt an der Hauptverkehrsstraße Apen-Augustfehn.

Der Verkauf kann in jeder gemünzten Einteilung ganz nach Wunsch der Liebhaber erfolgen.

Verkaufstermin ist angelegt auf **Dienstag den 20. Mai**, nachmittags 4 Uhr, in **Bremers Gasthause** in Apen.

Kaufgeneigte werden eingeladen. **Janßen, Auktionator.**

Verkauf eines Gebäudes zum Abbruch.

Zwischenahn. Der Hausmann **Johann Friedrich Brochhoff** in **Wischwege** läßt am **Sonnabend den 10. Mai d. J.** nachm. 6 Uhr an, das bei seinem Hause stehende

Düngerhaus

meißelnd zum Abbruch verkaufen, wozu Kaufstehhaber einladet.

J. S. Hinrichs. NB. Das durch den Abbruch gewonnene Baumaterial eignet sich besonders gut zur Erbauung eines Wohnhauses. **D. D.**

Verkauf eines Schuppens.

Zwischenahn. Die Firma **C. Intelmann** hier selbst läßt am **Mittwoch den 14. Mai d. J.** nachm. 6 Uhr an, den auf ihrem von Frühlings angekauft, Grundstück stehenden

Schuppen,

20x10 Mtr., groß, mit sehr gut erhaltener Ueberdachung und einem kleinen dabei stehenden Schuppen meißelnd mit 3 Haltungsfrist verkaufen, wozu Kaufstehaber einladet.

J. S. Hinrichs Verkauft 2 angehörte Javel. **Kindstiere.** **F. O. Rübendorf, Aftede** bei Neuenburg.

Pferde- und Vieh-Verkauf.

Edewecht. Der Kaufmann **Geening** in **Odenburg** läßt am **Sonnabend den 10. Mai**, nachmittags 4 Uhr, auf seiner Stelle in **Edewecht**

2 belagte 4jäh. **Stuten** beste Pferde,

1 **Mitte Mai** kalb Kuh öffentlich meißelnd mit Zahlungsfähig verkaufen. **Kaufstehhaber** ladet ein **Meinrenken, Aukt.**

Auktion.

Am **Freitag den 16. d. Mts.**, nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr, werde ich im Auftrag der Firma **J. Bohlens & Co.**, Brantmeindrenneret, auf deren Grundstück zu **Donnersdwee, Krahnbergstraße 14**, folgende Sachen öffentlich meißelnd veräußern:

- 1 Kollwagen, Hart, mit Patentachsen, 1 Leiterwagen, ertra Hart, mit Aufzug, 3 Leiterwagen, mittelschwer, sehr gut erhalten mit Aufzug, darunter 1 mit Patentachsen, 1 Wagenheber, Wagenverder, Einspännerbeltsel, 4 Pferdegeschirre, 4 wollene Pferddecken, 4 Keden, 1 Dezmilchmaschine mit Gewicht, 1500 Pfund tragend, 1 eisernen Gelbschrank, 1 Doppelpult, 1 einfaches Pult, 1 Waschtischschrank, 1 kleiner Kleiderkasten, 1 kleines Tau, 7 Meter lang, verschiedene Reiten, mehre Kleinfen, verschiedenes Werkzeug, 1 Hobelbank, 1 Schneidbank, 1 Rät'olben, 2 Sch Nummern, 1 Futterstille, Fußsäge Schürstille, Eimer, 1 lange Steinheller, 2 kleine dito, 1 Kapfelmachine, 1 Eiteltermachine, 1 Rortmaschine und sonstige hier nicht genannte Sachen.

E. Gimfath, Auktionator, Bergstraße 17a, Fernruf-536.

Dedication Apen.

Für die diesjährige Deckzeit empfehlen wir den Herren Pferdeglückern unseren bei Herrn **Gastwirt D. Schellstede** (Telefon Nr. 41) aufgestellten



Deedhengst „Siemens“

3 Prämienhengst Esseg, M. Pyramide v. Ismar, heroorragende Nachzucht liefernd, zum Decken. Deckgeld 100 Mk., gült 20 Mk. Mit anschließenden Krankheiten behaftete Pferde dürfen dem Hengste nicht zugeführt werden.

Hengstallungs-Genossenschaft Apen,

e. O. m. b. H. **Altes Eisen** kauft **Julius Hoffmann.**

Kraftfahr-Personal.

Für Grenz- und Heimatschutz werden noch Kraftwagen-Führer mit Führerscheit 2 und 3b, sowie Fachhandwerker wie Schlosser, Schmiede, Dreher, Schrauber und Schneider gesucht. Bedingungen: Mobiler Wohnort nach Dienstorten, Reichswehrlage März 3 täglich, Lohnzusatz für Verheiratete täglich März 1,65, sowie für jedes Kind täglich M. 1 mehr. Bei Einlass zum Kampf oder Grenzschutz außerdem M. 2 tägliche Zulage. Außerhalb der Reichsgrenze M. 30 Treupremie monatlich steigend um März 5 bis März 50. Ferner freie Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung. 14tägige Kündigung.

Militärpropiere, sowie Entlassungsanzug und Ausrüstung mitbringen. Meldung schriftlich oder persönlich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags an unterzeichnete Dienststelle.

Es werden nur Leute mit Felderfahrung und guten Zeugnissen eingestellt.

Fahrtausweis wird auf Wunsch zugesandt.

Generalkommando 10. Armeekorps.
Referent für Kraftfahrwesen, Hannover, Adolfsstraße 3, II.
Hannover, den 26. April 1919

Glänzende Existenz

wird schnell erzielt. Respekt, bei hoch. Verdienst geboten. — Sofortige dauernde Einnahme. Braquem im Hause zu erleben. Man schreibe sofort an Postfach 123, Lübeck 113.

Für einen kleinen Haushalt in Hurrel bei Hude wird auf sofort ein ordentliches, sauberes

Mädchen

gesucht. Meldung bei Lehrer Georg Meyer, Westerheide, Landesarbeitsnachweis Zwischenahn

Cheppaar sucht Landaufenthalt bei guter Verpf. in wahr. Geb. bei Selbsterz. Angebots unter N 389 an W. Scheller, Anno. en. Exped. Bremen.

Augustfehn.

Sämtliche Eingekommene der Kolonie Augustfehn, die sich für die Einridung einer el. kt. Lichtanlage interessieren, wollen sich am Sonnabend den 10. Mai, abends 7 Uhr, zu einer Besprechung im Gasthause des Herrn Willems einfinden. Raftabt.

Unter meiner Nachweisung steht ein kleiner

Schuppen

zum Verkauf. Augustfehn. S. Buch, Necht.

Freitag dieser Woche Übernahme von

Runkelrüben

Bitte um sofortige Anmeldungen. Th. Ahl. i. G.

Austrangler, nicht mehr brauchbar, leichter

Rollwagen

oder Hühnerwagen sofort zu kaufen gesucht. Dr. Otto Bartels, Oldenburg, Handelshof, Fernruf 1727.

Für Hände und Felle, Lampen, alte Stiefel, sowie zu höchste Preise

Julius Hoffmann

Schnell, Gut

Billig

liefern ich

landwirtschaftl. Maschinen und Geräte

aller Art, ab meinem reichhaltigen Lager

Auf Postkarte, siehe ich mit Abbildungen gern persönlich zur Verfügung

Georg Keil, Augustfehn.

Hüllstede.

Verlege meine Wohnung nach der früheren Schule hier selbst. Führer dort mein Geschäft in unveränderter Weise fort.

Fritz Siems,

Schneidergeschäft und Fäberei

Früh gebrannter Kaffee

ist eingetroffen.

J. W. Leonhards, Augustfehn.

Apen.

Hemdentuch

in recht guter Qualität — billigt bei

Hinrich Meyer.

Maschinenöl, Wagenfett, Lederfett, gute Qualität, empfiehlt Karl Oestjon.

An die Herren Jäger! Die erste Sendung

Rottweiler Jagd-Patronen

Zentralfeuer, Kal. 16, Schwarzpulver, rauchlos, trifft voraussichtlich Mitte Juni ein.

Abweichende Sorten liefere auf feste Bestellung.

J. W. Leonhards, Augustfehn.

Zitronen

wieder vorrätig. Heiner Dooken.

Fahrradglänze

zu kaufen gesucht. Zahle hohe Preise. D. Lückendiers, Zwischenahn.

Apen.

Arbeitshosen

in schöner, starker, kräftiger Ware, garantiert reine Baumwolle, per Stück: 33,50 Mark.

Diedrich Meyer.

Rubstasse

Hüllstede-Siebelhorn

Sehung 1/3 Prozent Sonnabend den 10. ds. Ms., abends 7-8 Uhr, Hüllstede Grimms Geschäft, Siebelhorn Schwengels Geschäft. Der Geschäftsführer.

Landw. Bezugsgeossenschaft. Linswege.

Bestellungen von Saatroggen, Saatweizen und Saatgerste für Herbst 1919 werden bis zum 20. ds. Ms. erbeten. Ebenso Rals, Mergel, Kalkst. usw.

Ferner werden die Genossen gebeten, nicht zu jeder Tageszeit die Waren aus dem Schuppen abzuholen, sondern werden ersucht, sich erst beim Geschäftsführer zu erkundigen, wenn jemand im Schuppen anwesend ist.

Saatweizen kann noch gegen Saatkarte abgegeben werden. Der Vorstand.

Die geliehenen Säcke sofort zurück.

Betrifft Wollablieferung

laut Beschlagnahme-Bestimmung Nr. W. 10/3. 19 vom 1. März 19.

Zum Ankauf der Wolle von Schafhaltern mit weniger als 30 Schafen sind Bezirksaufkäufer bestellt worden. Die Bezirksaufkäufer wiederum haben Sammelstellen errichtet.

Sammelstellen für den Kreis Westerstede i. O. sind:

Kaufmann Th. Ahlrichs, Westerheide, Fr. Orth, Edtwecht, Joh. Heine, Struß, Augustfehn, Bahnhofsleiter August Wille, Zwischenahn.

In diese Sammelstellen können die Schafhalter ihre Wolle zur Abführung durch den Bezirksaufkäufer liefern. Der Bezirksaufkäufer kauft diese Wollen gegen eine Provision für die Reichswoll-Kontingentsgesellschaft, Berlin, also nicht für seine Rechnung auf. Er ist angewiesen, für das rohe, ungewaschene Rohwoll den höchsten Preis zu zahlen unter Zugrundelegung der am 1. März d. J. festgesetzten Wollen festgesetzten Uebernahmepreise, welche gegen die bisherigen Preise beträchtliche Erhöhungen aufweisen.

Bezirksaufkäufer ist die Firma:

Joh. Lange Sohn's Wwe. & Co., Bremen.

Jeder Abnehmer von Wolle erhält einen Abnehmerausweis. An demselben ist vermerkt, welche Mengen Rohwolle (Schunwolle) den Schafhaltern zum Zwecke der Selbstverwertung freigegeben werden. Eine Befreiung von Strickwaren findet nicht mehr statt.

Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin.

Dentist Schmidt

Oldenburg, Gostorpar, 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236.

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.

Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Düngemergel,

fein gemahlen, hochprozentig, laufend abzugeben. Dr. Otto Bartels, Oldenburg i. O.

Handelshof, Fernruf 1727.

Landw. Bezugsgeossenschaft Ammerland

e. G. m. b. H.

Zwischenahn.

Die noch rückständigen Beträge für Düngemittel und Futtermittel und Saatgut müssen bis zum 1. Juni d. J. an den Geschäftsführer bezahlt werden.

Der Vorstand.

Zustandsetzung und Reparaturen

an sämtlichen landwirtschaftl. Maschinen werden prompt u. sauber ausgeführt.

W. K. Strenge & Co. Ocholt.

Rennen in Oldenburg

Das Frühjahrrennen in Oldenburg findet 8 Tage später statt, und zwar am

Sonntag den 1. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr.

Der festgesetzte Termin für den Rennauschluss (am 10. Mai, nachmittags 8 Uhr) bleibt bestehen.

Theater in Halsbek

im Saale des Herrn Grünjes. — Direktion: Max Prahl.

Sonntag den 11. Mai, abends 8 Uhr: Lustspiel-Abend.

Der Herr Senator.

Aufspiel in 3 Aufz. von Stummental u. Kadelburg. Im Vorverkauf im Theaterlokal: 1. Platz (num.) 1,50 Mk., 2. Pl. 0,80 Mk., an der Abendkasse: 1. Platz 2 Mk., 2. Pl. 1 Mk.

Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Der Prinz vom Goldlande. Märchenstück in 3 Aufz. von Ötner.

1. Pl. 75 Pf., 2. Pl. 50 Pf. (nur an der Kasse). Die Direktion.

Fertige Mittel,

in Zeteler Ware.

baumwoll. Stoffe

Schürzen, Kleider u. Blusen.

Kostümstoffe,

schwarz und farbig, nur gute Qualitäten u. preiswert empfiehlt

J. N. Meyer

Imker-Verein für das Ammerland.

Versammlung

am Sonntag den 11. Mai d. Js., nachm. 4 Uhr,

im Vereinslokale (W. h. z.) in W. st. f. e.

Besprechungsgegenstände: Vorschläge über die Behandlung der Bienen in der Schwarmzeit und Verschiedenes. Der Vorstand.

Hüllstede.

Berlammlung

Der Verpächter der Hüllstede Jagd am 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Grimm'schen Wirtschaftshaus, Besprechung über die Einridung des vorhandenen Jagdgebietes. Der stellvert. Vorstand.

Berein der Kriegsteilnehm. und Kriegsteilnehmer der Gemeinde Apen, Sth. Augustfehn.

Der nächste

Beratungsabend

findet am Freitag den 9. Mai, abends 7 Uhr, beim Kameraden zu Klampen in Apen statt. Es werden unentgeltlich Auskunft und Beratung erteilt und Gesucht angefertigt in Renten- und Versorgungsmöglichkeiten, im Kriegsgeldwesen und Kapitalanfangsmöglichkeiten und Beihilfen in besonderen Notfällen vermittelt. Der Vorstand.

Krieger - Verein Elmendorf.

Versammlung

am Sonnabend den 10. ds. Ms., abends 8 1/2 Uhr, bei Wachtenhof in H. l. e. Tagesordnung wird zu Beginn der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.

Augustfehn.

Sonntag den 11. ds. Ms.

Großer Ball

Anfang 8 Uhr. Entree für Damen 1 Mk., für Herren 1,50 Mk., wofür freier Tanz. Es ladet freundlich ein

M. Jansen.

Ihre Verlobung beehren sich anzukündigen

Helene Fittje

Johann Bredehorn

Westerheide, Dalsbek

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Beitrag fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Bestellungen entgegenzunehmen sind für die einpaltige Kleinzeit (über deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Kassa bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Die Rückgabe unerlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 107

Besterbede, Freitag den 9. Mai 1919.

59. Jahrgang

Mittwoch nachmittag.

Auf die befristete Anfrage der deutschen Delegation in Versailles erklärten die Alliierten, daß die Friedensbedingungen am 27. Mai nachmittags 3 Uhr überreicht werden sollen. Hierzu schreibt unser CB-Mitarbeiter unter dem 6. Mai abends:

Mehr als eine Woche wird nach der Ankunft unserer Friedensdelegation in Versailles verstrichen sein, ehe Herr Clemenceau sich dazu herablassen wird, ihr den dicken Friedensband mit den tausend Artikeln und Paragrafen zu überreichen. Von Tag zu Tag sind unsere Bevollmächtigten eingehalten worden, so daß ihnen schließlich die Geduld ausgehen drohte. Aber nun ist die Übergabe auf Mittwoch nachmittag festgesetzt worden — endgültig, wie man hoffen darf. Bis dahin wird wohl auch noch der italienische Friedensfall beigelegt, Herr Orlando wird wieder zur Stelle sein und seine Unterschrift mit derjenigen des Präsidenten Wilson brüderlich vereinigen können, und wir werden die geschlossene Front unserer Feinde zu dem furchtbaren Schlag aufholen sehen, der sie auf ein zusammengebrochenes, verlassenes, faum noch über einen letzten Rest von eigener Kraft verfügendes Volk niedergelant ist. Galt es nicht wenigstens in diesem Augenblick tapfer und gekraft, während der großen Wässer, die in den schlimmsten Zeiten unserer Geschichte niemals den nationalen Stolz und den Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes verloren haben, um die Zukunft des Vaterlandes für verloren auch nur zu haufen einzugehen — einzig bleiben kann man ja leider nicht sein — wenn man die schicksalsschwere Frage an uns herantrifft: was tun? Wenn das Buch mit den 350 Seiten vor uns liegen wird, in dem nicht nur unsere hochfliegenden Hoffnungen um ein, nein, in dem unsere selbstverständlichen Lebensbedürfnisse von heute und morgen für immer begraben werden sollen? Das uns moralisch endgültig erschlagen, politisch entretend, wirtschaftlich knebelt, das uns in Jahrhunderten mühsam ausgebauten territorialen Besitzstand zerstreuen und uns von baufälligen Stadtbau in denütigender Umarmung dauernd festhalten will? Werden wir nicht, angesichts der ungeheuren Fülle des Unheils, das uns hier entgegengetreten wird, wieder in gegenwärtige Anlagen und Verschuldigungen verfallen, die unsere Lage doch nur noch unliegender gestalten können, anstatt nur wenigstens in diesem äußersten Leid uns zu einheitlicher Entschlossenheit zusammenzufinden? Sollten wir nicht erkennen, wie geschickt der Gegner seine Kräfte gelenkt hat: wie er die brennende Wunde unserer Kriegsgeschwunden bis zu diesem Augenblick offen gehalten hat, um uns jetzt so nebenbei wissen zu lassen, daß er sich grundrätlich für die baldige Freigabe dieser Kräfte entschieden habe, um sie durch gelehrte Handwerker und Arbeiter aus Deutschland erziehen zu lassen? Was sich aber natürlich nur unter der Voraussetzung versteht, daß wir den Frieden, so wie er von den alliierten und assoziierten Regierungen" festgelegt ist, unterzeichnen? Wie er die Hungerkatastrophe, dieses schändlichste Verbrechen der Weltgeschichte, bis heute nahezu ungeschwächt aufrechterhalten hat, um sie als unbeschaltbares Druckmittel auf unsere letzten Entschlüsse zu gebrauchen? Wie er die Verhandlungen über die Forderung von Lebensmitteln so lange hingehalten hat, daß wir nur gerade sozuletzt einen kleinen Vorbehalt einer Besserung unserer Lage bekommen sollten, um danach ermaßen zu können, was es bedeuten würde, wenn nach diesem ewigen Koloproben plötzlich wieder der rührende Zustand einer über alle Begriffe unzureichenden Ernährung zurückkehren sollte? Wie er überhaupt uns volle sechs Monate auf den Friedensschluß warten ließ, um uns eben jetzt erst, wo wir in der schwersten Stunde des Wirtschaftsjahres stehen, wo unsere eigenen Vorräte zu Ende gehen und Schmalzans nach ungleich mehr als im Herbst und Winter bei uns Rückenmeister wird, seinen Frieden zu diktieren?

Wie völlig gebrochener Willensfreiheit gläubt er uns schließlich in Versailles zu lassen zu dürfen — ob zu Verhandlungen, wie wir sie uns gedacht haben, oder nur zum Austausch einiger mehr nebenhändlicher schriftlicher Fragen und Antworten, das scheint im Rate der Götter auch noch nicht einmal entschieden zu sein. Werden, können wir zugeben, daß unsere Vertreter lediglich gesunkenen Hauptes das Friedensdokument entgegennehmen, um uns, höchstens nach diesen oder jenen formalen Einwendungen, mit ihrer Unterschrift versehen, geboriam wie Sklaven wieder zurückzurufen? Werden unsere Parteien, wird die Nationalversammlung, wird das deutsche Volk in dieser für Jahrhunderte entscheidenden Schicksalsstunde den rechten Weg nicht verstehen und den Mut anbringen, ihn bis zum Ende durchzuführen?

Nur ein Trost ist uns im Augenblick gegeben: daß wir wenigstens in der Heimat gerade jetzt leidlich geordnete und ruhige Verhältnisse erzielt haben. So brauchen wir uns nicht den verhängnisvollen Sorgen der Straße verunsichern zu lassen, wo es gilt, den unvergänglichen Stern des deutschen Volkes vor ewiger Finsternis zu bewahren. Möge der gültige Himmel unsere Friedensunterjändler erleuchten, auf daß sie, ungeschwächt durch alle Wirrnisse der Zeit, erkennen, was uns nottut.

Endlich!

Die Aberrichtung des Friedensvertrages.

Die deutsche Note an die Entente, endlich mitzuteilen, wann man die Aberrichtung des Friedensvertrages erfüllen werde, hat geklärt. Nach einer Antwortnote Clemenceaus wurde dieser historische Augenblick auf Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, festgelegt. Die erliche Arbeit ist die Prüfung der beiderseitigen Volksmachten und eine allgemeine Aussprache darüber. Der Friedensvertrag umfaßt 400 Artikel auf 350 Seiten und ist in französischer und englischer Sprache gehalten. Die französische Presse erklärt, anscheinend offiziös, daß mündliche Verhandlungen nicht in Aussicht genommen seien. Den Deutschen werde eine Frist gegeben werden, etwa in drei Wochen schriftliche Einwendungen zu machen. Ende Mai werde alles zu Ende sein.

—w Berlin, 7. Mai. Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben:

Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird durch Volksabstimmung bestimmt. Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung freigestellt. — Belgien erhält das friritige Gebiet von Moeresnet und einen Teil von preußisch Moeresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen sechs Monaten gegen diese Venderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerrund endgültig entscheidet. — In einer 50 Kilometerzone südlich des Rheines darf Deutschland keine Befestigungen oder Streiträfte halten. Das Saarbecken, auf das sich die bekannte Regelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, schließt im Westen das Saargebiet bis Saarhölzbach, im Osten die Stadt Homburg ein. — Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden im Regierungsbezirk Allenstein, zuzüglich der Kreise Annaburg und Dieklo; ferner in einem Teil Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stuhm und Hohenberg, sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. Ostpreußen soll freien Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung des Stromes erhalten. Die Nordostsee von Ostpreußen soll an die assoziierten Mächte abgetreten werden. — Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelm verlangt.

Grundrätlich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein, soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsomme der Schadenergütungen wird spätestens bis Mai 1921 festgelegt. — Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll Deutschland 20 Milliarden Mark in Gold, Waren, Schiffen und dergleichen bezahlen. Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Ersatzpflicht Tonne für Tonne und Klasse an Klasse anerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und 1/4 seiner Fischdampfer und anderer Fischereifahrzeuge ausliefern, sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich Handelschiffe von 200.000 Tonnen bauen.

Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet westlich des Rheines und die Brüdenschöpfe 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebietsteile, darunter auch der Brückentopf von Köln nach 5 Jahren geräumt werden; andere Gebietsteile, darunter der Brückentopf von Koblenz nach 10 Jahren; wieder andere, darunter der Brückentopf von Mainz nach 15 Jahren.

Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Besatzungsheere sofort zurückgenommen.

Wiederung des Vertrages.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll sich der Friedensvertrag in folgende Hauptteile gliedern: 1. Einleitung, 2. Grenzen Deutschlands, 3. Klauseln bezüglich Grenzveränderungen, 4. deutsche Kolonien, 5. militärische, marine und Luftkräfte, 6. Kriegsgesangen, 7. Weichselufer gegen Wilhelm II. und alle künftigen Deutschen, 8. und 9. Abfertigungsmöglichkeiten, 10. Wirtschaftsklauseln, 11. Häfen, Eisenbahnen und Schiffsfahrtswege, 12. internationale Arbeitsgesetzgebung, 13. Garantien, 14. allgemeine Nationalisierungsklauseln.

Was Belgien erhalten soll.

Nach zuverlässig geltenden Berichten aus Brüssel soll Belgien von Deutschland vorweg 2 1/2 Milliarden Frank in Gold binnen zwei Jahren erhalten. Ferner muß

Deutschland innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren an Belgien 3 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich bis zu einem Gesamtwert von 400 Millionen Mark liefern. Die Kriegsschulden Belgiens an Frankreich, England und Amerika — etwa 5 Milliarden — werden annulliert. Das aus Belgien entnommene Vieh und Industriematerial muß Deutschland zurückgeben. Endlich soll eine Volksabstimmung stattfinden über die Frage der Einverleibung der Kreise Namedit und Eupen mit Moeresnet und dem Herzogentum. Die deutschen Länder verlangen nämlich Belgien für sich.

Orlando kehrt zurück.

Die italienische Regierung gab in Paris bekannt, daß die italienische Friedensdelegation unter Führung von Orlando und Sonnino wieder nach Paris zurückkehren würde. Was diese Einreiseänderung in Rom veranlaßt hat, ist noch unklar. In den Pariser Orientierkreisen erklärt man jedenfalls mit Bestimmtheit, daß Herr Orlando jedenfalls an Italien in der Fiume-Frage gemacht worden seien und Italien auch keine neuerliche Einladung nach Paris erhalten habe.

Kein Diktatfrieden.

Deutschland besteht auf Verhandlungen.

Berlin, 6. Mai.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt offiziös: Die große Anzahl der Sachverständigen, die in Paris weilen, und zu denen in den letzten Tagen noch weitere Herren hinzugezogen wurden, legt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation nach den Nachrichten, die sie aus der feindlichen Presse über die Friedensverhandlungen schöpft, gewisse Gegenwortschlüsse ausarbeitet, um sie den gegenwärtigen Vorkäufen entgegenzusetzen. Auch einzelne englische Pressestimmen lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegenwärtiger Seite nicht für unabweislich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Bildung einer bayerischen Reichswehr. In Berlin land zwischen dem Reichswehrminister Köppe und dem bayerischen Kriegsminister Schneppenborst eine Aussprache über die Bildung der Reichswehr in Bayern statt. Über den vom bayerischen Kriegsminister vorgelegten Entwurf zur Bildung einer vorläufigen Reichswehr ist solches Einvernehmen erzielt worden.

• Reichsschatzsekretär v. Stengel gestorben. Der ehemalige Reichsschatzsekretär Freiherr Hermann v. Stengel 1903 bis 1908 an der Spitze des Reichsschatzamtes, ist 82 Jahre alt, in München gestorben. Die seine Finanzreform, die in Verringerung der größten Währungsbestandteile des Frankenscheitens Klausel eine Regelung der über den wachsenden und Matrikulatbeiträge wie eine Verminderung der Vorleihen bewirkte, ist als Herr Stengel am 7. Mai 1904 beiebt geworden.

• Volksabstimmung im Bezirk Allenstein. Die Pariser Alliiertenkonferenz hat beschlossen, daß eine 14 Tage nach Friedensschluß alle deutschen Truppen aus dem Bezirk Allenstein zurückgezogen werden sollen. Ein vom Völkerrund ernannte Kommission wird die Verwaltung des Bezirks übernehmen und, unterstützt durch dort anwesliche Persönlichkeiten, die Volksabstimmung ausführen.

• Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird nach seinem Rücktritt von der Obersten Seeresleitung wieder an seinen früheren Wohnsitz Hannover zurückkehren. Der Marschall erklärt, daß er nicht beabsichtige, Memoiren zu schreiben.

• Polnischer Hochverrat in Westpreußen. Amtliches aufsehenerregendes Material über das hochverräterische Treiben gewisser westpreußischer Polen ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Darunter befindet sich ein Aufruf der leitenden polnischen Stelle zur Bildung einer polnischen Armee in Westpreußen. Die bisherigen Untersuchungen ergaben, daß seit 4 Monaten an der Aufstellung eines schlagfertigen Heeres gearbeitet wurde. Rühlent beantragte bereits im Februar eine Anzahl westpreußischer Polen mit der Organisation. Die Namen sind bekannt. Der Hauptführer war Leutnant Krausnick in Glandau. Gestalt war, wie in Polen, die Überumpelung des Forts und Waffendepots.

• 50 Millionen für Kleinwohnungen. Zur Behebung der Wohnungsnot hatte vor einiger Zeit der Staatskommissar für Kleinwohnungen die Hypothekendarlehen angesetzt, durch Vereinfachung von Beträgen für Hypothekendarlehen unter möglichst günstigen Bedingungen die Errichtung von Kleinwohnungsbauten zu fördern. Dieser Vorzug ist jetzt von einer größeren Reihe von Hypothekendarlehen entzogen worden. Sie haben für den Kleinwohnungsbaud einen Betrag von fünfzig Millionen Mark Hypotheken zu einem Zinssatz von 4 1/2 % und 1/2 % Amortisation ohne weitere Unkosten zur Verfügung gestellt.